



# Interviews

**Datum: 5. Dezember 2023**

**CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann im Gespräch mit Jasper Barenberg**

**Jasper Barenberg:** Und jetzt ist er am Telefon, Carsten Linnemann, der Generalsekretär der CDU, der in diesen Tagen sagt, wir werden das Bürgergeld in der Form wieder abschaffen. Schönen guten Morgen, Herr Linnemann.

**Carsten Linnemann:** Guten Morgen, Herr Barenberg und vielen Dank für die Debatte, super Format.

**Barenberg:** Wir haben gerade Helena Steinhaus gehört. Sie sagt, im Grunde – jetzt auf den letzten Vorschlag bezogen, mit den 600 000 Jugendlichen, Sie wissen gar nicht wirklich, wie es den Menschen geht. Ist das so?

**Linnemann:** Ja, ich sage mal, ich telefoniere natürlich viel. Ich bin viel unterwegs und mich sprechen halt die Teamleiter an. Also, ich spreche immer oft mit der Basis. Und dadurch, dass ich natürlich so einen Vorschlag in der Öffentlichkeit mache, melden sich ganz viele, zum Teil privat, die in den Jobcentern arbeiten, und sagen: Herr Linnemann, Sie haben recht. Wir können das zwar nicht quantifizieren, aber wir haben den Eindruck, dass es insgesamt bei den Bürgergeldempfängern 20 bis 30 Prozent gibt – so wird mir berichtet – die eigentlich arbeiten könnten, aber es nicht tun. Und da ist es, glaube ich, meine Aufgabe, dieses auch zu debattieren.

**Barenberg:** Und da wäre aus Ihrer Sicht 30-prozentige Kürzung angebracht? Frau Steinhaus hat ja auch darauf hingewiesen, dass das Verfassungsgericht Kürzungen von so etwas wie 50 Prozent, das Sie auch ins Spiel gebracht haben, verworfen hat.

**Linnemann:** Ja, ich bin darauf gekommen, ich war die Tage in den Niederlanden und habe mich dort ausgetauscht mit den dortigen Experten, auch mit Mitarbeitern dort aus Jobcentern in den Niederlanden. Und die konnten das nicht glauben. Und

die haben gesagt, bei denen gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder einen Job annehmen oder zurück in die Schule, also Bildung. Ansonsten wird das Geld radikal gekürzt, bis 2027 bis auf null. Daraufhin habe ich hier mit Verfassungsrechtlern gesprochen. Die haben mir gesagt, sie sehen Chancen, gerade bei jüngeren Menschen stärker zu kürzen. Denn wenn die Jüngeren nicht lernen, dass Arbeit wichtig ist im Leben für die soziale Teilhabe, dann werden sie es auch später im Leben nicht lernen. Und die glauben, dass das Bundesverfassungsgericht das akzeptieren wird. Und deshalb werden wir auch ein Konzept erstellen, das werden wir im Frühjahr vorstellen, was darauf Antworten gibt.

**Barenberg:** Das taucht ja immer wieder auf, das Argument oder den Eindruck, den Sie schildern, das Gefühl, wie Sie hier und da gesagt haben, dass es unfair zugeht, und dass wir mehr Anreiz für Arbeit brauchen. Woher wissen Sie, dass dieser Anreiz bei Beziehern von Bürgergeld fehlt?

**Linnemann:** Also, bei den meisten, muss man ganz klar sagen, auch insgesamt in Deutschland, fehlt er nicht. Gerade in der jetzigen Zeit muss der Staat für die Schwächsten da sein, auf der einen Seite. Wir haben allein 1,8 Millionen erwerbsgeminderte Menschen in Deutschland. Das sind Menschen, die arbeiten wollen, aber nicht können. Und auf der anderen Seite muss in einer Krise der Staat Orientierung geben, Hoffnung machen. Das passiert ja von der Ampelregierung nicht. Aber das ist heute nicht Thema, nicht, dass wir uns da falsch verstehen. Aber es gibt, wie gesagt, einen nennenswerten Anteil an Menschen, die das System ausnutzen. Und man kann den Menschen ja gar keinen Vorwurf machen, denn das System ist so, wie es ist. Ich gebe Ihnen nur mal ein Beispiel. In den letzten zwei Jahren hat sich das Bürgergeld, also den 1. Januar miteingerechnet, um 25 Prozent erhöht. Das ist ein Viertel. Wenn Sie jetzt eine Familie nehmen aus einer Großstadt, sagen wir mal München, mit zwei Kindern und Sie haben dort eine 25-prozentige Lohnerhöhung. Nehmen wir mal an, der Familienvater oder die Mutter verdient 4.000 Euro brutto und kriegt 25 Prozent mehr, sind 1.000 Euro, 5.000 Euro. Die bekommt am Ende des Tages netto nicht einen Euro mehr, weil das mit dem Kindergeld und dem Wohngeld verrechnet wird. Und diese Familien melden sich und sagen, das ist ungerecht. Und das stimmt.

**Barenberg:** Sie sagen, das betrifft jetzt dieses Thema Lohnabstandsgebot, also der Gedanke, dass Menschen, die arbeiten, mehr haben sollen als Menschen, die ...

**Linnemann:** Ja.

**Barenberg:** Da habe ich allein drei Studien gefunden vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut zum Beispiel oder vom ifo Institut, die sagen, auch nach den Änderungen bleibt es dabei, das Abstandsgebot ist gewahrt. Menschen, die arbeiten, haben in jedem Fall mehr als Menschen, die Sozialleistungen beziehen.

**Linnemann:** Ja, das Problem ist, Herr Barenberg, sie müssen zum Amt, müssen Wohngeld beantragen und Kinderzuschlag. Viele machen das aus Schamgefühl nicht und reden da auch nicht drüber. Das ist ein nennenswerter Teil. Auch das sagen Studien. Das Problem ist, das gesamte Bürgergeldsystem läuft in die völlig falsche Richtung. Wir hatten mal „fördern und fordern“. Jetzt gibt es nur noch „fördern“. Es findet de facto in vielen Bereichen keine Vermögensprüfung mehr statt. Es wird nicht geschaut: Braucht er wirklich das Bürgergeld? Zum Teil wird es bei PayPal geparkt oder im Ausland. Das sagen mir die Vermittler. Und zum anderen gibt es de facto den Vermittlungsvorrang in Arbeit nicht mehr. Wir müssen die Menschen in Arbeit bringen. Der Kooperationsplan ist unverbindlich. Deswegen müssen wir Vorschläge diskutieren, dass Menschen, die arbeiten können, nach einer bestimmten Zeit – in Dänemark ist das nach sechs Monaten – eine Arbeit annehmen müssen. Ansonsten müssen sie gemeinnützig arbeiten oder das Geld wird gekürzt. Das sind wir doch den Menschen schuldig, die jeden Tag arbeiten. Die erwarten doch von uns, dass wir mit dem Geld vernünftig umgehen.

**Barenberg:** Also mehr Sanktionen, mehr Druck – das ist für Sie der Weg zur Besserung?

**Linnemann:** Nicht mehr Druck. Wir brauchen intrinsische Motivation, dass Arbeit etwas Positives ist. Also, es gibt doch in Deutschland keinen Arbeitszwang. Es gibt doch keine Arbeitspflicht. Niemand muss in Deutschland arbeiten. Aber wer Sozialleistungen erhält und arbeiten kann, der kann nicht erwarten, dass andere, die arbeiten gehen, das für ihn finanzieren. Wissen Sie, Herr Barenberg, das nennt man gesunden Menschenverstand. Und das werden wir auch so umsetzen und wir werden das mit einem Konzept hinterlegen. Und deswegen werden wir das Bürgergeld in der Form abschaffen.

**Barenberg:** Die Anhebung ist gesetzlich geregelt. Sie wird nach einem bestimmten Verfahren vorgenommen. Die Kriterien sind auch festgelegt. Sie haben selber mit der Union zusammen im Bundestag zugestimmt. Jetzt soll diese Anhebung ausgesetzt werden nach Ihrer Meinung. Was hat sich geändert?

**Linnemann:** Ja, zum einen haben sie ja immer eine Abwägungsfrage, wenn sie im Bundestag sitzen. Wenn wir nicht zugestimmt hätten, hätte es keine Sanktionen mehr gegeben, gar nichts mehr, keine gelbe Karte oder rote Karte wie im Fußballspiel, wenn ich mich nicht an die Regeln halte. Und deswegen haben wir bei der Abwägung damals gesagt, wir stimmen zu. Dafür bekommen wir wenigstens noch die Sanktionen, dass wenn jemand sich nicht an die Regeln hält, sanktioniert wird. Auf der anderen Seite hat Herr Dürr von der FDP völlig recht. Die Berechnungsmethode ist falsch. Im Sommer ging man davon aus, dass die Inflationsrate hoch bleibt, nämlich bei 10 Prozent. Und wir haben heute 3 Prozent. Das passt hinten und vorne nicht. Und darüber müssen wir reden.

**Barenberg:** Na, die Anhebung vollzieht ja etwas nach. Sie ist nicht in die Zukunft gerichtet, sondern sie kompensiert, was in der Vergangenheit an Steigerungen da war, insbesondere bei Lebensmitteln. Darauf hat Frau Steinhaus ja auch hingewiesen.

**Linnemann:** Ja, das passiert bei Tarifverhandlungen auch. Da wird nicht nur nach vorne geschaut, sondern es wird ein Bild insgesamt gemacht von der Produktivität, von der Inflation. Das wird zusammengerechnet. Das wird verhandelt. Das ist völlig normal. Aber wenn das Bürgergeld in zwei Jahren um 25 Prozent steigt und nicht ein Arbeitnehmer in Deutschland, nicht einer, der jeden Tag arbeiten geht, dieses im Ansatz bekommt, dann stimmt doch irgendwas nicht. Da brauche ich doch keinen Taschenrechner für oder irgendwelche Studien.

**Barenberg:** Kurz zum Schluss, Herr Linnemann, wenn es um Geld geht und ein Loch in der Kasse klafft, dann ist die Botschaft der CDU: Wir holen es nicht bei den Reichsten, sondern bei den Ärmsten.

**Linnemann:** Im Gegenteil. Sie müssen in der Krise für die Schwächsten da sein. Und dieses Bürgergeld haben wir schon vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes kritisiert. Das hat mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil eigentlich erst mal gar nichts zu tun, sondern, wie ich eben gesagt habe, mit gesundem Menschenverstand, dass Menschen, die arbeiten gehen können, auch arbeiten gehen müssen. Und dafür werden wir uns weiter einsetzen.

**Barenberg:** Der Generalsekretär der CDU hier im Deutschlandfunk-Gespräch, Carsten Linnemann, danke schön.

**Linnemann:** Ich danke Ihnen.